

BAG Globale Entwicklung

An den Bundesvorstand von Bündnis 90 / Die Grünen

Lieber BuVo,

wir als BAG Globale Entwicklung begrüßen es ausdrücklich, dass in diesem Jahr das Thema grüne Wirtschaftspolitik durch den Wirtschaftskongress am 12./13. Juni 2015 sowie als Tagesordnungspunkt bei der Bundesdelegiertenkonferenz im November auf die Agenda kommt. Denn für uns ist klar: Für die sozial-ökologische Transformation braucht es auch die Privatwirtschaft. Planungen, u.a durch den grünen Wirtschaftskongress den Dialog mit privatwirtschaftlichen Akteuren zu intensivieren, finden wir daher richtig. Allerdings dürfen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hierbei nicht ausblenden, dass Wirtschaften längst nicht mehr national oder regional funktionieren und wirken, sondern global. Daher müssen wir in unserer Auseinandersetzung mit dem Politikfeld immer die globale Dimension mitdenken und uns hierzu auch entsprechend sichtbar positionieren.

Auf globaler Ebene werden in diesem Jahr die Weichen gestellt, wie Wirtschaften im internationalen Verständnis in Zukunft aussehen soll. Im Juli ist die Rolle der Privatwirtschaft wesentlicher Tagesordnungspunkt auf der Internationalen Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba. Im September werden die Vereinten Nationen (VN) eine neue Nachhaltigkeitsagenda verabschieden, die im Kern 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung enthalten wird, und im Dezember berät die Weltgemeinschaft über ein neues Klimaabkommen. Die Konferenzen werden im Guten wie im Schlechten wegweisende Signale setzen und die Handlungsspielräume für Politik und Wirtschaft bis mindestens 2030 bestimmen. Mit Blick auf die notwendigen Strukturreformen zur Vermeidung des Klimakollaps und auf die Nachhaltigkeitsziele wie etwa Ziel 2 (nachhaltige Landwirtschaft), Ziel 9 (belastbare Infrastruktur und nachhaltige Industrialisierung) oder Ziel 12 (nachhaltige Produktions- und Konsummuster) wird klar, dass es hier im Kern um Wirtschaftspolitik geht.

Die Nachhaltigkeitsagenda der VN wird vor allem die OECD-Länder wie Deutschland und andere Industrie- und Schwellenländer mit einem hohen Ressourcenverbrauch in die Pflicht nehmen. Für eine gerechte und nachhaltige globale Entwicklung muss Deutschland als größte Wirtschaftsmacht in Europa zunächst bei sich selbst ansetzen, d.h. bei unserer Agrarpolitik, beim Klimaschutz und bei unserer Handels- und Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig muss Deutschland seine Verhandlungsmacht in Europa und der Welt nutzen, um hier entsprechende europäische und internationale Verpflichtungen zu erreichen.

Globale Probleme unseres Wirtschaftens und Ansatzpunkte

Als BAG Globale Entwicklung ist es uns besonders wichtig, die globalen Auswirkungen unseres Wirtschaftens sowie die Ursachen für Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung durch das globale Wirt-

schaftssystem ebenso wie auch die ungenutzten Potenziale eines nachhaltigen (privat-) wirtschaftlichen Engagements in den Blick zu nehmen. Grüne Wirtschaftspolitik heißt für uns also, Antworten darauf zu geben, wie wir die Missstände unseres Wirtschaftens beheben und positive Effekte verstärken können.

Dazu gehört, nicht hinzunehmen, wenn unsere Überfluss-Ernährung und Lebensmittelverschwendung zur weltweiten Bodendegradation, zum Klimakollaps oder zur Überfischung der Weltmeere beiträgt. So gehen weltweit jedes Jahr mehr als 13 Millionen Hektar Waldfläche verloren, weil Regenwälder für den Anbau von Soja oder Palmöl gerodet werden. Insbesondere Frauen leiden unter ausbeuterischen Strukturen in der internationalen Lieferkette - sei es auf den Kakao-Plantagen in Sierra Leone oder in den Textilfabriken Südostasiens. Arbeitsunfälle, Erkrankungen und Todesfälle sind immer wieder die Folge der dort vorherrschenden Arbeitsbedingungen. In vielen so genannten Entwicklungsländern reicht darüber hinaus der Lohn oft nicht zum Leben.

Gleichzeitig beziehen viele Unternehmen große Mengen an Rohstoffen aus Konfliktregionen wie dem Kongo oder Myanmar, und tragen mit dem Kauf dieser Rohstoffe zur Finanzierung bewaffneter Konflikte und gravierender Menschenrechtsverletzungen bei. Dass in vielen sogenannten Entwicklungsländern der Überfluss an Ressourcen längst zum Ressourcenfluch geworden ist, liegt somit auch an einer seit Jahrzehnten anhaltenden Unnachsichtigkeit deutscher und europäischer Unternehmen.

Mit ihrer Handelspolitik zwingt die Europäische Union viele sogenannte Entwicklungsländer dazu, ihre heimischen Märkte für den internationalen Wettbewerb zu öffnen. Kleine ProduzentInnen und UnternehmerInnen im Agrar- und Industriebereich können in diesem Wettbewerb nicht bestehen – die Abhängigkeit von ausländischen Unternehmen wird verstetigt und verstärkt die Ungleichgewichte. Ein System von Investor-Staats-Schiedsgerichten, das vor allem arme Länder massiv benachteiligt, verschärft diese Situation.

Die Sozialisierung von Kosten bei gleichzeitiger Internalisierung der Gewinne durch Unternehmen, ein ungerechtes internationales Handelssystem, internationale Investitionen, die zu schweren Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen führen, Machtkonzentration und Monopolbildung großer Konzerne, die Marktentwicklung verhindern oder die Auswüchse des globalen Finanzsystems, durch die insbesondere ökonomisch schwache Staaten an einer nachhaltigen Entwicklung gehemmt werden: dies alles sind Beispiele für die Notwendigkeit einer umfassenden sozial-ökologischen Transformation.

Auf der anderen Seite zeigt das Ankommen von FairTrade- und Ökosiegeln in allen Mainstream-Supermärkten, dass es auch anders geht. Auch bei dem Anbau von Blumen in Afrika oder im Textilsektor zeigen sich erste positive Entwicklungen hin zu Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten. Und etwa für nachhaltige und dezentrale Energieerzeugung, die Anpassung an unvermeidbare Folgen des Klimawandels und eine kohlenstoffarme Wirtschaft kann die Privatwirtschaft erhebliches technologisches Know how bereitstellen.

Grüne Antworten für die globale Wirtschaftspolitik

Als grüne BAG Globale Entwicklung setzen wir uns für eine nachhaltige, menschenrechtsbasierte Entwicklung weltweit ein. Sowohl die großen DAX-Unternehmen, als auch der hochgradig internationalisierte

deutsche Mittelstand haben dafür eine große globale Verantwortung und kommen dieser noch immer viel zu wenig nach.

Die Komplexität der Lieferketten dient häufig als Schutzbehauptung. Während die Unternehmen ihre Produktion betriebswirtschaftlich lückenlos nachverfolgen, geben sie an, ökologische und soziale Aspekte, nicht ausreichend kontrollieren zu können. Es braucht grüne Politik, um diese Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Dass deutsche Unternehmen nicht für die Verstöße gegen Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards ihrer Tochter- und Zulieferunternehmen außerhalb Europas verantwortlich gemacht werden können, ist ein Skandal. Absichtserklärungen und freiwillige Selbstverpflichtungen reichen nicht aus. Vielmehr müssen die Sorgfaltspflichten von Unternehmen auf menschenrechtliche und ökologische Aspekte ausgeweitet und Klagemöglichkeiten für die Opfer geschaffen werden, wenn Unternehmen diese Sorgfaltspflichten mißachten.

Der Schutz von Umwelt und der Menschenwürde darf nicht länger verhandelbar sein. Darum brauchen wir auch internationale Vereinbarungen, die mittels strenger Offenlegungspflichten zu Transparenz entlang globaler Lieferketten führen. Für eine nachhaltige globale Entwicklung muss es auch landwirtschaftlich strukturierten Ländern handelspolitisch möglich sein, junge Industrien zu schützen und ihre Wirtschaft zu diversifizieren. Wir brauchen eine grüne Positivagenda für eine multilaterale faire Handelspolitik.

Gleichzeitig braucht es Anreize für Unternehmen ihre Produktion nachhaltiger zu gestalten. Etliche Deutsche Unternehmen haben bereits fortschrittliche Instrumente zur Verbesserung der Lieferkettenkontrolle. Viele, insbesondere mittelständische Unternehmen setzen auf limitiertes, nachhaltiges Wachstum und versuchen in der Tradition der sozialen Marktwirtschaft auch international Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten. Wir benötigen gerade deshalb einen ordnungspolitischen Rahmen, der über gesetzliche Vorschriften sicherstellt, dass umwelt- und sozialverträgliches Wirtschaften nicht zu einem Wettbewerbsnachteil verantwortlicher handelnder Unternehmen wird: das Gegenteil muss der Fall sein.

Es gehört zur Aufgabe grüner Politik, wirtschaftliche Aktivitäten im Sinne des Gemeinwohls effektiv zu regulieren, Vermögens- und Machtkonzentrationen entgegenzuwirken und sich klar zu positionieren wenn Unternehmen soziale, ökologische oder menschenrechtliche Standards verletzen. Im Zentrum einer grünen global nachhaltigen Wirtschaftspolitik muss die Verbindung zwischen Wohlstand, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit stehen – „heute und morgen, hier und anderswo. Deshalb ist bündnisgrüne Politik dem Maßstab der Gerechtigkeit verpflichtet.“-heißt es dazu gleich im ersten Absatz unseres Grundsatzprogramms.

Darum fordern wir als grüne BAG Globale Entwicklung dazu auf, im laufenden wirtschaftspolitischen Prozess der Partei den globalen Kontext unseres Wirtschaftens auf dem Wirtschaftskongress im Juni und auf der BDK entsprechend aufzugreifen und daraus die notwendigen Konsequenzen für eine grüne Wirtschaftspolitik zu ziehen.

BAG Globale Entwicklung